



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 10. März 2011

Gesch. Nr. 042/11

16.04.23 Gemeindeorganisation; Interpellationen

[...]

9. Geschäft-Nr. 034/11

Interpellation Fabian Molina, JUSO, Politische Bildung an der Volksschule - Begründung

AUSGANGSLAGE

Gemeinderat Fabian Molina, SP/JUSO, reicht mit Schreiben vom 13. Januar 2011 folgende Interpellation ein:

Die Schule wird ihrer Aufgabe nur ungenügend gerecht, erfolgreich Kenntnisse über politische Prozesse und Zusammenhänge zu vermitteln. Am Ende der obligatorischen Schulzeit fehlt den Jugendlichen, die sich nicht aus eigenem Interesse mit Politik beschäftigen, das politische Basiswissen.

Gründe dafür sind sowohl die fehlende Verankerung der politischen Bildung im Lehrplan sowie die ebenfalls mangelnde methodisch-didaktische Ausbildung der Lehrkräfte im Bereich der politischen Bildung. Aber auch die teilweise mangelhafte Umsetzung der Vorgaben im Lehrplan, denen nicht die nötige Relevanz beigemessen wird oder für deren Vertiefung die Zeit fehlt.

Die meist betriebene fast ausschliessliche Institutionenlehre reicht nicht aus und wird der politischen Realität in der Schweiz nicht gerecht. So wird im Schlussbericht von Prof. Dr. Fritz Oser und Dr. Roland Reichenbach zum Mandat "Politische Bildung in der Schweiz" zuhanden der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (1999) festgestellt, dass den "rechtlich-institutionellen Aspekten der Demokratie im Unterschied zur prozedural-ethischen des demokratischen Zusammenlebens insgesamt mehr Beachtung geschenkt wird". Weiter wird auch konstatiert, dass die "Randständigkeit" des Faches durch die thematische Aufladung auf Lehrplanebene kaum korrigiert werden kann. Das Fazit dieses Schlussberichtes fiel dementsprechend ernüchternd aus:

"Verschiedene Indizien deuten an, dass die Situation der politischen Bildung/staatsbürgerlichen Erziehung an den Schweizer Schulen insgesamt nicht befriedigen kann". Problematisch sei, dass bis zur 7. Klasse explizierter und intendierter politischer Unterricht abwesend sei.

Umso mehr ist die konsequente und engagierte Umsetzung der Vorgaben des Lehrplans nötig, um wenigstens ein Grundmass an politischer Bildung zu gewährleisten.

Fragen

1. Erachtet der Stadtrat die politische Bildung als zentrales Themenfeld der Volksschule? Wenn ja, wie kann diesem im Rahmen der Volksschule in Illnau-Effretikon mehr Gewicht gegeben werden? Wenn nein, warum nicht?
2. Werden die Richtziele des kantonalen Lehrplans "Politische Bildung" in Illnau-Effretikon eingehalten?



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. März 2011

3. Verfügt die Stadt Illnau-Effretikon ein über diesen Lehrplan hinausgehendes Konzept zur politischen Bildung? Wenn ja, wird dieses eingehalten? Wenn nein, ist er bereit ein solches zu erlassen bzw. bei zuständiger Stelle anzuregen?

BEHANDLUNG IM RAT

Die Begründung erfolgt durch den Interpellanten, *Gemeinderat Fabian Molina, JUSO*.

Wahlen alleine würden noch lange keine Demokratie ausmachen.

Beim kürzlich erhobenen Demokratie-Barometer rangiere die Schweiz auf Position 14. Dies aufgrund ungenügender Transparenz in der Parteienfinanzierung und in der ungenügenden Kontrolle der Gewaltenteilung.

Dies führe zu einer mangelnden Partizipation an demokratischen Vorgängen wie den politischen Rechten zu Wahlen und Abstimmungen. So beteiligen sich vornehmlich ältere, reiche und vorwiegend männliche Personen an der Demokratie. Tendenz der Wahl- und Stimmbeteiligung eher rückläufig.

Im Schulalltag werde zu wenig über die Politfelder gesprochen. So seien beispielsweise die wenigsten Schulabgänger/innen der Volksschule fähig, die Legislative von der Exekutive zu unterscheiden. Die Installation von Jugendparlamenten führe hier sicherlich eine Klärung und Förderung von Verständnis der politischen Prozesse herbei.

Stadträtin Erika Klossner, FDP, antwortet sofort mündlich.

Die Interpellation beginne mit dem Satz:

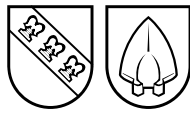
Die Volksschule werde ihrer Aufgabe nur ungenügend gerecht.... , so geschrieben vom Interpellanten. Er zitiere eine Studie aus dem Jahre 1999. Die Schulpräsidentin verwehrt sich dagegen, dass die Schule in einer Weise dargestellt werde, die suggeriere, nichts zu verändern.

Wenn Erika Klossner in der Schule zu Besuch sei, werde sie häufig in Gespräche mit Jugendlichen verwickelt, wo diese Fragen oder Ideen deponieren oder auch ihr Wissen bezüglich politischen Akteuren zeigen.

Die Schule arbeite zum Thema „Politische Bildung“ nach Zielsetzungen, die im Jahre 2005 im Lehrplan festgelegt wurden. Es wurde dabei eng mit der Pädagogischen Hochschule Zürich PHZH zusammengearbeitet. Die Politische Bildung ist ein fächerübergreifender Unterrichtsgegenstand, welcher auf jeder Stufe immer alters- und themenadäquat in den Unterricht eingearbeitet wird. Es wird der Politik- und der Demokratie - Begriff gelehrt und gelebt, denn Demokratie soll auch gelebt werden. Heute verfügen die Schulen über Schülerparlamente, Schülerforen und dergleichen. Die Schülerschaft lernt Anliegen zu besprechen, einzubringen und auch daran zu arbeiten oder umzusetzen. Sie lernt aber auch, dass Veränderung Engagement heisse und nicht einfach nur „motzen“ bedeute.

In den unteren Primarklassen wird wöchentlich ein Klassenrat, oder eine Klassenstunde abgehalten.

Die Lehrpersonen vermitteln in den unterschiedlichsten Fächern Ziele wie Übernehmen von Verantwortung, seinen eigenen Wohnort und dessen Umgebung kennen, aktuelle Ereignisse verfolgen, Berichterstattungen vergleichen, demokratisches und solidarisches Handeln erfahren. Von der Gemeindepolitik bis zur Uno werden Organisation und Inhalte diskutiert.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. März 2011

Die Schule verfolgt gemeinsam mit den Schüler und Schülerinnen Abstimmungen, Wahlen von kommunaler bis nationaler Bedeutung.

Das Interesse unserer Schülerschaft sei unterschiedlich. Die Schule habe den Auftrag, Grundkenntnisse zu vermitteln und auch Neugierde zu wecken. Die Schule könne dies jedoch nicht alleine. Dort, wo zu Hause kein Demokratieverständnis herrsche, dort, wo eine Politikverdrossenheit vorhanden sei, dort, wo gar nicht miteinander gesprochen werde, sei es schwierig, Jugendliche für die Politik zu gewinnen. Kritisch gesagt: In einer Gesellschaft, wo die Erwachsenen sehr häufig eine gewisse Unlust der Politik gegenüber hegen, könne wenig bis gar nichts ausgerichtet werden.

Die Schule habe einen Auftrag, politische Bildung zu gewähren, aber sie könne nicht noch mehr. Alle möchten ihre Anliegen vermehrt von der Schule abgedeckt wissen.

So betätigt sich die Lehrerschaft im Verkehrsunterricht, im Sozialunterricht, in der Prävention verschiedenster Richtungen, in Musik, in gesunder Ernährung und in Bewegung. Und dann werden Forderungen laut, dass noch mehr in Deutsch, Mathe und Fremdsprachen investiert werden soll? Arbeitshaltung, soziale Kompetenz und Auftrittskompetenz. All das und noch vieles mehr vermittelt die Schule; aber auch das Elternhaus und das Umfeld müssen dabei mithelfen.

Ausser Acht zu lassen sei auch nicht, dass Eltern bald verlauten lassen würden, der Lehrer würden den Schülerinnen und Schülern seine politische Haltung aufdrücken wollen.

Die Schulpräsidentin beantwortet die Fragen deshalb folgendermassen:

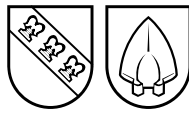
Die politische Bildung ist ein Themenfeld der Volksschule und diesem wird im Rahmen des Lehrplanes genügend Gewicht beigemessen.

Die Richtziele des Lehrplanes werden in unserer Gemeinde eingehalten.

Nein, die Stadt habe kein weiterführendes Konzept und werde auch nicht die Ausarbeitung eines solchen veranlassen, aus der Überzeugung, dass die Schule genügend nach dem neuen Lehrplan dazu beisteuert.

Auf entsprechende Anfrage wird keine Diskussion gewünscht. Der Interpellant erhält Gelegenheit zu seinem Schlusswort.

Gemeinderat Molina zeigt sich ob den Ausführungen der Schulpräsidentin mässig zufrieden. Diese habe seinen Vorstoss mit einem Angriff auf die Volksschule Illnau-Effretikon verwechselt. Es sei korrekt, dass die Erhebung aus dem Jahre 1999 relativ veraltet sei. Korrekt ist aber auch, dass dazu keine neuerlichen Untersuchungen mehr durchgeführt worden sind. Die Demokratie sei zentraler Bestandteil des Zusammenlebens, wofür schon bei den Jugendlichen angesetzt werden soll. Gemeinderat Molina wird sich weiterhin für sein Anliegen einsetzen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 10. März 2011

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll


Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 11.03.2011

ms